Abend-Ausgabe

Deutsche Allgemeine Zeitung

Preis 40 Pfg.

Montag, 19. Dezember 1921

Erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal mit folgenden Beilagen: beim Sonderpreisen in den Morgen-Ausgaben Sonntags Bilder-Chronik, Unterhaltung — Lehren und Lernen — Sport, Kraft und Stoff, Weltverkehr, Reisen und Wandern Dienstags Mutter — Wochenbeilage — Wirtschaft und Leben — Sport Mittwochs Bilder-Chronik, Unterhaltung — Frau und Welt — Sport Donnerstags Unterhaltung — Lehren und Lernen — Sport Freitags Bilder-Chronik, Unterhaltung — Wirtschaft und Recht — Sport Sonnabends Unterhaltung — Frau und Welt — Sport

Schriftleitung Berlin SW 68 Wilhelmstraße 30-32 Fernspr. Nollendorf 4788-89. Geschäftsstelle Berlin SW 68 Wilhelmstraße 30-32 Fernspr. Nollendorf 5980-88 Postscheck Berlin Nr. 107941

Bezugspreis monatlich ℳ 18,— , morgens und abends frei ins Haus. Man bestellt in Groß-Berlin beim Verlag, außerdem bei der Post. In Fällen höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streik besteht kein Anspruch auf Nachlieferung oder Rückzahlung des Entgelts. Anzeigen werden ohne Gewähr für Raumahme in einer bestimmten Morgen- oder Abend-Ausgabe entgegengenommen zum Tagespreis von ℳ 4.— für die 35 mm breite mm-Zeile im Anzeigenteil, bis zu ℳ 12,— für die 67 mm breite mm-Zeile im Reklameteil. Anzeigen in den illustrierten Beilagen werden nach besonderem Tarif berechnet.

Montag, 19. Dezember 1921

60. Jahrg. Nr. 584 B 218

Tages-Spiegel.

Die Londoner Besprechungen zwischen Briand und Lloyd George haben heute begonnen.

★

Briand empfing gestern den amerikanischen Botschafter und wird heute mit, daß Frankreich dem Hughes'schen Seeabrüstungsplan zustimme.

★

Im französischen Senat wurde eine Interpellation über das von Frankreich in Washington vorgelegte Marineprogramm eingebracht.

★

Nach einer Haboasmeldung hat der chinesische Ministerpräsident seine Demission eingereicht.

★

Exkönig Karl erhebt gegen seine Entthronung Protest in einem Erlaß an die ungarische Regierung.

★

Exkönigin Zita verläßt am 26. Dezember Madeira, um nach der Schweiz zu reisen.

★

Staatssekretär a. D. v. Dallwitz ist gestern in Jena gestorben.

Minister Severing über die politische Lage.

Duisburg, 19. Dezember. (W. T. B.) In einer von mehreren tausend Personen besuchten Versammlung in Homburg-Hochheide sprach am Sonntag abend der preußische Minister des Innern Severing über die politische Lage, die er, sich zunächst auf Preußen beziehend, dahin charakterisierte, daß sie durch die Verbreiterung der Koalition gekennzeichnet werde.

An einen hierbei erfolgenden auf Stinnes bezüglichen Zwischenruf ankniipfend sagte Severing, er halte Stinnes auf politischem Gebiet für einen blutigen Dilettanten. Aber diese Einschätzung des Politikers hindere ihn gar nicht, anzuerkennen, daß Stinnes auf wirtschaftlichem Gebiet eine Kraft ist, die wir nicht unterschätzen sollen, und die wir leichtfertig zu beurteilen sein Recht haben. Stinnes ist eine Persönlichkeit mit Initiative und Tatkraftkeit, ein Mann, der genau weiß, was er will, und der versucht, mit allen Mitteln seinen Willen und seine Wünsche durchzusetzen. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen bezeichnete Severing die Notwendigkeit der Verbreiterung der Koalition durch die Deutsche Volkspartei, da man nach dem Ausfall der letzten Landtagswahlen keine andere Wahl gehabt habe, als die Demokratische auf der anderen Seite zu suchen. Die Volkspartei ist keine Stinnespartei. Hätte sie nur Männer in ihren Reihen von der wirtschaftlichen Bedeutung dieses Mannes, dann stände es um unsere Steuern besser. Das sei aber nicht so. In der Volkspartei stünden neben dem Großindustriellen Stinnes, Vögler und einigen anderen auch Tausende und Abertausende von Angestellten, Handwerkern, Landwirten und sonst Arbeitern. Man solle sie nicht dadurch bekämpfen, daß man sie beschimpfe, sondern daß man sie zur Verantwortung mit heranziehe. Weiter bedeute Severing die Geschlossene neuer Steuergesetzen, aber so, daß die Lasten nur auf tragfähige Schultern gelegt würden. Die preußischen Finanzen bezeichnete er vorläufig als ziemlich gesund.

Sächsischer antrage der Minister nach der Haboasondersitzung einer eingehenden Erörterung. Die Ausführungen Severings wurden fortwährend durch Zwischenrufe unterbrochen und es wurde dem Minister sogar unmöglich gemacht, sein Schlußwort zu sprechen.

★

Wie jemand — besonders heutzutage — auf wirtschaftlichem Gebiete eine hervorragende Kraft sein soll, der auf politischem Gebiet ein blutiger Dilettant ist, können wir uns nicht recht vorstellen. Wirtschaft und Politik durchdringen in unserer Zeit einander in dem Grade, daß die von einander scheiden zu wollen nicht zu trennen sind. Wir verzichten über auf einen Streit mit Herrn Minister Severing über diesen Punkt um so lieber, als wir seine Bemühungen, den törichten Stinnes-Gegenhen ein Ende zu machen, zu schätzen wissen. Nur eine Bemerkung können wir nicht unterdrücken: Wenn Herr Minister Severing ausgehen will, um den politischen Dilettantismus zu suchen, so wird er ihn an anderen Stellen viel eher finden, als da, wo er ihn anzutreffen vermeint.

Die Domänenpächter in Neupolen.

Note der Botschafterkonferenz.

In der Angelegenheit der deutschen Domänenpächter und Ansiedler in von Polen abgetretenen Teile Preußens hat, wie wir bereits berichteten, der Vorsitzende der französischen Regierung eine Note gerichtet, in der sie mitteilt, daß sie beschlossen hat, die beiden Mächte Deutschland und Polen dazu einzuladen, baldmöglichst in direkte Verhandlungen zur Regelung der Angelegenheit einzutreten. Die Botschafterkonferenz hat ferner beschlossen, für den Fall, daß eine Einigung zwischen den beiden Mächten nicht zustandekommen sollte, Herrn Urbain, den Vorsitzer des französischen Gemischten und Ausgleichskomitees, zum Schiedsrichter zu bestimmen. Im übrigen hat die Botschafterkonferenz an die polnische Regierung die Note gerichtet, bis zur Regelung der Angelegenheit von jeder Maßnahme, die die Lage einschränken könnte, abzustehen.

Gleichheit der italienischen und französischen Flotte.

Rp. **Rom**, 19. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) „Scarfoglio" meldet aus Washington, daß Balfour offiziell Italien das Recht auf Gleichheit der Flotte mit der Frankreichs anerkannt habe und Balfour hätten gegen Lodon gestanden, wobei Balfour scharfe Ausdrücke gebraucht habe. Frankreich für etwaiges Scheitern der Konferenz persönlich verantwortlich erklärt habe. Italien erkläre die Anerkennung der Gleichheit seiner Flotte mit der Frankreichs zu entsprechender Verteilung. Der „Tempo" schreibt: Italien könne keinesfalls schwächer sein wie eine andere Macht im Mittelmeer. Falls die Konferenz Frankreich Zugeständnisse mache, müsse Italien dieselben erhalten.

Beginn der Londoner Besprechungen

Um Europas Zukunft.

Nach den vorliegenden Meldungen ist Briand gestern mittag in Begleitung von Minister Loucheur, dem Generalsekretär im Ministerium des Aeußern Philippe Berthelot, dem französischen Botschafter in London de Saint-Aulaire und Finanzsachverständigen nach London abgereist und dort gestern abend eingetroffen. Zu ihrer Begrüßung waren u. a. Chamberlain in Vertretung Lloyd Georges und Sir Robert Horne erschienen. Ueber den Beginn der Besprechung zwischen den Ministerpräsidenten liegen folgende englische Stimmen vor:

London, 19. Dezember. (W. T. B.) Die gesamte Presse bebt die große Bedeutung der heute vormittag beginnenden Konferenz zwischen Lloyd George und Briand hervor. Es wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die Beratungen zur Einberufung einer internationalen Konferenz der europäischen Mächte unter Einschluß Deutschlands und Rußlands im nächsten Jahre führen möge.

„Observer" nennt die jetzige Besprechung die folgenschwerste aller bisherigen. Von ihr hänge nicht nur die Zukunft der Entente, sondern auch die Zukunft Europas ab. Die seit dem Frieden von Versailles verfolgte wahnsinnige Finanzpolitik dürfe von England unter keinen Umständen weitergeführt werden. Das auf dem Friedensvertrag wie ein Wolkenkratzer errichtete Finanzgebäude sei unvermeidlich zusammengebrochen. Durch seinen Reichskanzler, einen gewaltigen und ehrlichen Mann, habe Deutschland mitgeteilt, daß es seine Verpflichtungen nicht erfüllen könne. „Observer" tritt dafür ein, daß Deutschland unter gewissen Bedingungen ein Moratorium von 3 bis 6 Monaten gewährt wird, während ein eine europäische Wollkonferenz eingehende Untersuchungen über Deutschlands Leistungsfähigkeit anstellt.

Der Pariser Berichterstatter des „Observer" glaubt unter Grund zu der Annahme zu haben, daß Briand sich stark genug fühlen wird, um den Reind innerhalb und außerhalb des Kabinetts unbedenklich zu lassen und in großem Maße Lloyd George zuzustimmen. Es werde keine Schwierigkeit geben bei der Festsetzung einer umfassenden Konferenz zu Beginn des neuen Jahres. In Frankreich sei ein großer Teil der öffentlichen Meinung der Ansicht, daß man der Wahrheit offen und furchtlos ins Auge sehen müsse. Briand werde gezwungen sein, Genua und um etwas zu bleiben, was er nach Frankreich als Weihnachts- oder Neujahrsgeschenk mitnehmen und dem französischen Volk seinen Sieg, das heißt, werde daher von England einen schwereren Preis für den Frieden fordern. Frankreich werde jedoch einsehen müssen, daß alles Säbelgerassel der letzten zwei Jahre ihm nichts genützt und daß es nicht einen Pfennig dafür erhalten hat, während es in Europa den Gebarmen spielte. Für nichts und wieder nichts habe Frankreich den Tadel der gesamten Welt und den tiefen Haß Deutschlands auf sich gelenkt.

P. **London**, 19. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Briand und Loucheur haben sich heute nach dem Landsitz Lloyd Georges in Chequers begeben. Lord Curzon wird am Dienstag in Chequers eintreffen. Für Dienstag morgen ist ein Ministerrat anberaumt.

Nathenau in London.

Der „Temps" meldet aus London, daß Dr. Walter Rathenau, begleitet von seinem Privatsekretär Dr. Simon, gestern in London eingetroffen und im Carlton Hotel abgestiegen sei, in dem auch Briand und Loucheur wohnen.

Für und wider ein Moratorium.

Zur Note der Reparationskommission.

London, 19. Dezember. (W. T. B.) Im Finanzteil der „Times" heißt es: Die Antwort der Reparationskommission auf die Note der deutschen Regierung könne nicht als Ablehnung des deutschen Ersuchens aufgefaßt werden. Die Reparationskommission habe den Gedanken eines Moratoriums nicht verworfen. Sie wisse, daß die Reparationsfrage auf der Konferenz zwischen Lloyd George und Briand werde erörtert werden, und daß sie das Ergebnis dieser Erörterung abwarten müsse.

„Times" schlägt vor, gewisse einflußreiche politische Kreise für ein Moratorium ein ohne eine Kontrolle der deutschen Finanzpolitik. Andererseits widerstrebe eine sehr starke Gruppe in London energisch dem Gedanken des Moratoriums, wenn die deutschen Finanzen nicht unter strikte Aufsicht der Alliierten kämen. Das sei auch die vorherrschende französische Ansicht.

Briands Wünsche und Hoffnungen.

Paris, 19. Dezember. (E. T. B.) Aus Calais berichtet der Sonderberichterstatter des Havas-Nachrichtenbüros (angeblich aus dem „Daily Mail" über eine Unterredung mit Briand. Der französische Ministerpräsident habe erklärt:

Er sei bestrebt, daß der Einladung Lloyd Georges besonders erfreut, weil er wünsche, daß zwischen England und Frankreich über alle Probleme, nicht allein über die Reparationen, ein Einvernehmen zustandekomme. Ueber denselben guten Willen auf beiden Seiten bege er keinen Zweifel, und er sei überzeugt, daß die Besprechungen einen guten Ausgang nehmen werden. Die Aufgabe der nächsten Tage sei, die richtigen Wege zur Lösung aller Probleme zu finden. Frankreich erinnere sich daran, daß bei allen Schwierigkeiten über die Reparationen, namentlich im Monat Mai, England an seiner Seite gestanden habe.

Eine Fälschmeldung des „Intransigeant".

Amtlich wird mitgeteilt:

Die Meldung des „Intransigeant" vom 16. d. M., Deutschland habe der Reparationskommission von „acht Tagen" mitgeteilt, daß es vielleicht die Februar-Rate nicht zahlen könne, sicher aber die Januar-Rate von 500 Millionen Mark leisten werde, ist aus der Luft gegriffen. Keine deutsche amtliche Stelle hat eine derartige Erklärung abgegeben.

Forderung einer Finanzkontrolle.

Englisch-französisches Sonderbündnis?

Paris, 19. Dezember. (E. C.)

Ueber die Dauer des Aufenthaltes Briands in London gehen die Meinungen auseinander. Man spricht in den französischen Morgenblättern von einem Sonntag Aufenthalt bis Mittwoch, aber auch bis zum Freitag. Den Besprechungen erkennt man nur rein informatorischen Charakter zu. Sie hätten nur die Bedeutung, die nächste Zusammenkunft des Obersten Rates vorzubereiten, die in den ersten Tagen des Januar stattfinden soll.

„Matin" läßt sich aus London berichten: Die Angora-Frage werde kein Hindernis bilden. Auch die Frage der Rüstungsbeschränkungen zur See, wie sie im Washington zur Debatte stand, werde nunmehr (vgl. „Frankreichs Zustimmung zum Hughesplan" Ab. Red.) keinerlei Schwierigkeiten hervorrufen. Die oberschlesische Frage sei heute erledigt. General de Lobs selbst habe dem Berichterstatter des „Matin" vor zwei Tagen, daß die deutsche und die polnische Bevölkerung mit der getroffenen Regelung zufrieden sei. (!!)

Frankreich habe die Absicht, den Antrag zu stellen, daß fortan die deutsche Finanzverwaltung von den Alliierten kontrolliert werde. Deutschland habe den Beweis geliefert, daß man ihm kein Vertrauen entgegenbringen könne; die deutsche Regierung habe seinerzeit, Wajmar'sche Ernährung, um eine Kontrolle der deutschen Aus- und Einfuhr sowie der außerordentlichen Steuerzahlungen abzuwehren, habe nichts getan, den Barkontenumlauf einzudämmen, keine unnötigen Ausgaben einzuschränken und für die deutschen Steuerzahler die gleichen Steuern einzuführen, wie in den Ländern der Verbündeten.

Ob man von Deutschland direkte Zahlungen erwarte, oder ob man auf Finanzoperationen auf den Weltmärkten hoffe — die erste Bedingung für alle diese Dinge sei, daß man in Deutschland die unerläßlichen Einnahmequellen finde, die als Pfänder für die Alliierten dienen können. Wenn es wahr sei, daß England seine Reparationsansprüche von 22 auf 5 oder gar 3 % herabsetzen wolle, — wenn es wahr sei, daß England eine Annullierung der französischen Schuld gegen Ueberlassung einer Reihe deutscher Schuldverschreibungen der Kategorie C einräge — dann könnten zwischen Briand und Lloyd George einerseits und deutschen Vertretern andererseits ernsthafte Besprechungen eingeleitet werden.

Es sei bezeichnend, daß Frankreich isoliert sei, daß die englischen Forderungen eine Annäherung geben werden, ehe sie die Gesamtmehrheit der Stimmen erhalten haben, daß die französischen Parlamentsmitglieder bereits bereit seien, den Sieg der Engländer zu bejahen.

Paris, 19. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Im „Matin" veröffentlicht Poincaré einen Artikel über den „betrügerischen Bankerott Deutschlands" und die Reparationsfrage. Bei dem schlechten Willen Deutschlands müsse jetzt Frankreichs Standpunkt über eine längere Besetzungsdauer der Rheingebiete in London durchgeführt werden.

London, 19. Dezember. (E. T. B.) „Times" zufolge ist die französische Delegation nach London gekommen mit der Hoffnung, daß ihr endgültig konkrete Vorschläge unterbreitet werden. Die Franzosen werden laut „Times" auf der Notwendigkeit bestehen, die Bezahlung der beiden nächsten Raten zu ergänzen und darauf, daß definitive Vorschläge über eine interalliierte Kontrolle der deutschen Regierung unterbreitet werden.

Die Sehnsucht nach der Rheingrenze.

Paris, 9. Dezember. (W. T. B.)

Der Sonderberichterstatter des „Matin", der die Ueberzeugung von Amerika nach Europa mit Marschall Foch und Viviani macht, berichtet von einer Unterredung in der Marschall Foch Viviani gefragt habe:

Was werden wir tun? Wir haben ein schlechtes Friedensinstrument in der Hand. Es ist schlecht, weil es Frankreich nicht genügende Sicherheit und keine Zahlungen garantiert. Die Sicherheitsgarantie war der Rhein, da war unsere wirkliche Grenze, eine Grenze, die wir mit einer Armee verteidigen. Ich habe berechnet, eine Division in Köln, eine in Mainz, eine in Koblenz, zwei andere Divisionen Deutschland hinein, das macht sechs Divisionen. Hierin hätte ich mich stark gemacht, den ganzen Rhein zu halten und zu verteidigen. Dann hätten wir die Garantien gehabt, die wir brauchen. Ich habe es gesagt, ich habe es wiederholt, ich bin nicht gehört worden. Ich habe noch mehr gesagt, ich habe es jedem der Minister (Clemenceau) gesprochen. Barthou hat mir eines Tages gesagt: Sie sind ein aufmunterlicher General. Ich habe gesagt, aber die Minister werden an dem Tage, an dem sie vor dem Staatsgerichtshof stehen, nicht lachen.

Der Senat hat am Sonnabend das Rekurrieren gegen den Antrag auf Ablehnung der Fassung der Kammer angenommen. Im Laufe der Debatte erklärte Kriegsminister Barthou, die vorgesehene Entlassung der Jahresklasse 1920, die für den Monat März in Aussicht genommen worden sei, könne nicht erfolgen. Man würde sich sonst in einer gefährlichen Lage befinden, da die Jahresklasse 1922 erst im Mai einberufen werde. Er müsse daran erinnern, daß Frankreich sich für die Monate Januar und Februar wichtigen Zahlungsterminen gegenüber (!) befinde und daß es deshalb alle seine militärische Kraft nötig habe. (Sehr richtig.)

★

Marschall Foch kommt also auch mit der „bedrohten Sicherheit" Frankreichs, die er nur durch die Gewährung der Rheingrenze für garantiert erachtet. Es ist im Augenblick der Erörterungen zwischen den leitenden Staatsmännern Englands und Frankreichs bezeichnend, daß der militärische Sachverständige der Franzosen in Washington der Sehnsucht Frankreichs nach dem Rhein so offen Ausdruck gibt. In der Methode Briands, Barthous, Lefèvres und Fochs liegt System. Auch Dorn Berlin, der Verfechter der englisch-französischen Bündnispläne, stößt in dasselbe Horn.

Der „Temps" über das Programm.

Paris, 18. Dezember. (W. T. B.)

Der Londoner Korrespondent des „Temps" berichtet seinem Blatte: In erster Linie werde man in London die Reparationsfrage besprechen. Man sehe die Möglichkeit eines englisch-deutschen Abkommens nach Art des Wiesbadener vor, auf Grund dessen das Deutsche Reich gewisse Produkte liefern und an der wirtschaftlichen Wiedererhebung Rußlands mitarbeiten werde. Zweitens solle **England die französische Schuld**, die 557 Millionen Sterling betrage, **annullieren** und im Austausch dafür deutsche Reparationsbonds der Serie C erhalten, die es ebenfalls vernichten werde. Drittens solle England Frankreich die Rettungsrechte des Schuldvertrages vom 28. Juni 1919 anbieten und die **Entente in eine Allianz umwandeln.** England würde sich in diesem Falle verpflichten, Frankreich gegen jeden Angriff zur See sicherzustellen. Viertens endlich solle die **allgemeinen Probleme Europas** in wirtschaftlicher und politischer Richtung besprochen werden.

Die englische Regierung werde deshalb zu Beginn des kommenden Jahres eine Konferenz vorschlagen, an der nicht nur die alliierten Länder, sondern auch Rußland und die ehemals feindlichen Länder teilnehmen sollen. Man glaube in England, wenn Europa zeige, daß es fähig sei, die großen Schwierigkeiten zu lösen, würden auch die Vereinigten Staaten sich nicht länger desinteressieren können. Das seien die allgemeinen Gedanken, die man in englischen Kreisen bespreche.

★

London, 17. Dezember. (W. T. B.) Im Unterhause fragte gestern abend Wedgewood, ob das Unterhaus debattieren werde, bevor irgend ein Beschluß über die Politik der Großbritannien von der französischen Regierung oder anderen Alliierten geschlossen Summen getroffen werde. Lloyd George erwiderte, wenn diese Frage praktische Bedeutung erlange, werde dem Hause Gelegenheit zur Erörterung gegeben werden.

Devisen schwach.

Der Dollar, der am Vormittag noch mit 195 gehandelt wurde, stieg im Freiverkehr der Börse bis 2/1 auf etwa 179 zurück. Auch die anderen Devisen lagen schwächer. In Anlehnung hieran wurden auch Wertpapiere abgegeben, die durchweg niedriger eröffneten.

Frankreichs Zustimmung zum Hughesplan.

Erklärung Briands an Harvey.

Paris, 19. Dezember. (W. T. B.)

Havas meldet aus London: Briand empfing gestern abend den Botschafter der Vereinigten Staaten und erklärte ihm ausdrücklich, daß Frankreich die ursprünglich durch Hughes festgesetzten Verhältniszahlen annehme. Die betreffenden Zahlen sind daher: für die Vereinigten Staaten 5, für England 5, für Japan 3, für Frankreich 1,7 und für Italien 1,68.

Nach einer Havasmeldung aus Washington wandte sich Sarraut in der Freitag-Sitzung der Marinekommission gegen die Aufstellung, daß praktisch als ein Kinderspiel auf dem Wege zu einem Abkommen zu bezeichnen sei. Frankreich definiere sich Vorbehalten gegenüber, die es als unannehmbar erachtet habe, in anbetracht seines Flottenbedarfs, denn es genügen müsse, unter den heute obwaltenden Umständen das Minimum seiner Sicherheitsmittel. Diese Beiträge seien in der vorgelegten Schätzungen nicht genügend berücksichtigt worden. Die Debatte wurde am Montag vertagt.

★

Der Streitfall, der die Washingtoner Konferenz in den letzten Tagen erregte, ist durch die obige Erklärung Briands beseitigt. Es ist ein geschickter Schachzug Briands, daß er von London aus, vor dem Beginn der Besprechungen mit Lloyd George sich „nachträglich" gezeigt. Im übrigen liegt Frankreich wenig an den Großkampfschiffen; worauf es ihm ankommt, sind die Ubootе. Infofern ist die Erklärung Briands als rein taktisches Manöver zu werten.

London, 19. Dezember. (W. T. B.) Der politische Berichterstatter der „Evening Times" schreibt, es sei ein offenes Geheimnis, daß der Ton der Erklärung Briands in Washington ein Fiasko war. Frankreich habe das Bestreben, bei der „Kriegsnation" zu behaupten. Frankreich sei freundlicher, als es je seit der Friedenskonferenz gewesen sei, und wünsche sich Vorteile zu sichern, die allein England bieten könne.

Rücktritt des chinesischen Ministerpräsidenten.

Peking, 18. Dezember. (Havas.) Der chinesische Ministerpräsident Chin Jun-jeng hat heute dem Präsidenten der Republik seine Demission überreicht. Diese Demission sollte normalerweise den Rücktritt des ganzen Kabinetts nach sich ziehen. Wenn man auch in autorisierten Kreisen erwartet, daß der Präsident den Rücktritt des Ministerpräsidenten annehmen wird, so glaubt man doch, daß er den Minister des Aeußern, Dr. Wu Pei, ersuchen wird, die Funktionen des Ministerpräsidenten zu übernehmen, bis die Konferenz von Washington ihre Arbeiten beendet hat. Er wird auch, wenn nicht alle, so doch die Mehrzahl der anderen Minister bisten im Amte zu bleiben.

New York, 19. Dezember. (W. T. B.) Der „Associated Press" wird aus Peking gemeldet, das gesamte chinesische Kabinett hat zurückgetreten.

Die Kabinettskrise in Portugal.

Lissabon, 17. Dezember. (W. T. B.) Im neuen Kabinett behält Gunha Leal das Ministerium des Innern. Der Wahlsieger Julio Dantas soll das Ministerium des Kultus übernehmen.

Paris, 18. Dezember. (W. T. B.) Nach einer Havasmeldung aus Lissabon hat der Präsident der neu gebildeten Kabinetts Gunha Leal die verabschiedete Kabinett unter den Schuß von Soldaten in der Carmo-Kaserne verbracht, während die strategischen Punkte von Militär und Maschinengewehren besetzt waren. Durch diese energische Haltung seien die Ordnungsstörer zu der Erklärung gezwungen worden, daß sie die Ereignisse abwarteten.

Nach einer weiteren Meldung der „Agence Havas" sind einzelne Mitglieder des aufgelösten Parlaments zur Prüfung der politischen Lage in Cambra zusammengetreten. Es heißt, daß die Verhandlungen mit Gunha Leal, der den den politischen Parteien nach wie vor unterstützt werde, nach Lissabon kommen werden.

Um die U-Boote.

Einem Bericht des „Matin" zufolge hat die französische Abordnung in Washington den Auftrag erhalten, sich bezüglich der großen Schiffsbauten zu verständigen zu zeigen und den Wünschen des Staatssekretärs Hughes entgegenzukommen. Im französischen Senat habe man eine Interpellation eingebracht, um von ihr die Erklärung zu erhalten, daß Frankreich keine großen Schiffseinheiten erbauen wolle, sondern nur seine Unterseebootflotte auszubauen wünsche. Die Regierung habe diesem Antrage des Senators Keruguez zugestimmt und sei bereit, wegen der Dreadnoughts, nicht aber wegen der U-Boote, Konzessionen zu machen. In dieser Hinsicht sei bereits nach Washington depeschiert worden.

Demselben Blatte zufolge würde Frankreich ermächtigt werden, nach der gewünschten Zahl von Schiffsbau 5 Schiffe der Nachkriegsklasse zu erbauen, während Amerika davon 15 und Japan 9 erbauen würden.

★

Paris, 17. Dezember. (W. T. B.) Nach einer Havas-Meldung aus Washington glaubt man zu wissen, daß Balfour die Absicht habe, die Unterredung in der öffentlichen Sitzung der Konferenz aufzunehmen, um die Lage Großbritanniens vor der ganzen Welt darzulegen. Balfour erklärte indessen, daß das Flottenabkommen mit seiner Festsetzung der den verschiedenen Mächte zu gewährenden Tonnagesätzen fertiggestellt ist und der Entscheidung der Konferenz in der Unterseebootfrage abhängig sei.

Das neue rumänische Kabinett.

Bukarest, 17. Dezember (W. T. B.) Das neue Kabinett ist endgültig gebildet und setzt sich folgendermaßen zusammen: Take Jonescu: Vorsitz und Finanzen; Daulii: Aeußeres; General Holban: Krieg; Cantacuzino: Innere; Stelian Popescu: Justiz; Dumitrescu Braila: Kultus; Madescu: Domänen; Demeter: Industrie und Handel; Demetrescu: Ackerbau; Lucaciuiu: Oeffentliche Arbeiten; Chiodoru: Verkehr und Transporte; Leni: Arbeit; Mitescu: Oeffentlicher Unterricht; Bredieanu: Minister für Transkiuien. Die Minister werden heute abend vereidigt. Die Kammern werden ihre Session um einen Monat verlängern.

Die albanischen Wirren.

Paris, 18. Dezember. (W. T. B.) Nach einer Havasmeldung aus Belgrad sollen Nachrichten aus Albanien eingetroffen sein, die Regierung von Tirana sei in die Hände eines gewissen Mirdocheu, dessen Vergangenheit unbekannt sei, gefallen. Die Regierung von Tirana versuche, sich in Elbasan umzubilden.

Kundgebung an Präsident Harding.

Für Herabsetzung der Rheinlandbesatzung.

Köln, 18. Dezember. (W. T. B.)

Der Wirtschaftsausschuß und der Gewerkschaftsausschuß des besetzten Gebietes haben gemeinsam folgende drahtliche Kundgebung an den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika gerichtet:

Alle Körperschaften von Handel, Industrie, Handwerk, Landwirtschaft, Arbeiter, Angestellte, Beamte des besetzten rheinischen Gebietes haben mit gesamtem deutschen Volke Abrüstungskonferenz lebhaft begrüßt und bitten, Konferenz nicht zu beenden, ohne unter Besetzung schwer leidenden Bevölkerung des besetzten Gebietes zu helfen. Alliierte Besatzung ist ihr doppelt so stark wie deutsche Truppen hier vor dem Kriege. Deutsches Volk, durch den Friedensvertrag entmutigt, will nach schweren Kriegserlebnissen keinen neuen Krieg, sondern friedliche Entwicklung. Ruhe und Sicherheit sind Wiederaufbau des Zerstörten. Bei solcher Gesinnung kann Besetzung auf indestmaß eingeschränkt und ersparte Ausgaben dem Wiederaufbau zugeführt werden. Die Amerikanische Ruhr und Konferenz nicht vertreten, bitten wir den Herrn Präsidenten, eine Abrüstungsvorschlag für das besetzte Gebiet dort vorzulegen.

Lloyd Georges Besprechungen mit Kraffin.

London, 17. Dezember. (W. T. B.) Hermsworth teilte im Unterhause mit, daß Kraffin seine diplomatische Mission habe. Er sei in der Hauptsache administrativer Zweckmäßigkeit und nach Art. 5 des Uebereinkommens vom 16. März ernannt, auf dem Russnärtigen Amt sei er lediglich in dieser Eigenschaft empfangen worden.

Gegen die Reparationspolitik.

Frankfurt, 18. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) In der Festhalle fand heute vormittag eine von der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei einberufene große Versammlung statt. U. a. sprachen Crispin und Debebour, ferner Longuet und Brake, beide aus Frankreich, Grimm (Schweiz), Wallbrad (England) und Adler (Wien). Sämtliche Redner wandten sich gegen die Reparationspolitik der Entente, die nur durch die Einigkeit des Proletariats aller Länder überwunden werden könne.

Der Schweizer Grimm erklärte, nicht nur England und Amerika seien unter der Arbeitslosigkeit, sondern ganz besonders die Schweiz, und wenn es so weiter ginge, würde die Schweiz ihrem Ruin entgegengehen. Adler (Wien) betonte die Schicksalsgemeinschaft Deutsch-Oesterreichs mit dem Deutschen Reiche. In besserer Welt müsse er sich jedoch gegen das Abstimmungsverfahren in Oedenburg. Longuet (Frankreich) sprach über die Abrüstungskonferenz in Washington, die schon eher eine Komödie genannt werden könne, denn statt abzurüsten bauten die großen Länder ja noch ihre Flotten weiter. Er richtete dann scharfe Angriffe gegen die französischen Kapitalisten, die aus der Reparationsfrage Geschäft machten und deshalb die Vorsichtige der Arbeiterschaft für den Wiederaufbau Nordfrankreichs ablehnten. Diese Leute möchten, daß die Politik des Hasses und der Rache in ihrem eigenen geschäftlichen Interesse bestehen werde.

Die große Enttäuschung.

Rp. **Rom**, 15. Dezember.

„Es sind in der letzten Zeit viele offizielle Freundschaftsworte zwischen Frankreich und Italien gewechselt worden. Alle Zwischenfälle sind amtlich für geschlossen erklärt, und den Himmel der lateinischen Einigkeit sollte sein Wölkchen mehr trüben. Aber wenn Worte genügten, um ein freundschaftliches Einvernehmen zwischen Frankreich und Italien herzustellen, wäre es längst erreicht." Dieser bittere Ausspruch eines römischen Blattes zeigt, daß Tatsachen bestehen, die die schönen Worte eben nur als Worte erscheinen lassen. Daß diese Tatsachen, die sich in deutlichen Hetzereien oder in der Agitation italienischer Zeitschriftenmache bestinden, wie von französischer Seite immer behauptet wird und nach von Briand letzthin wieder geäußert wurde, ist in einem hiesigen Blatt mit Entrüstung als unwahr und für die italienischen Gefühle verletzend energisch zurückgewiesen worden. Am bezeichnendsten wird von einer Seite auf die wahren Gründe der Verstimmung und des unausstehbaren Mißtrauens in die französische Freundschaft hingewiesen, die von Beschaft der Besetzung für Deutschland wirklich frei ist: von dem führenden nationalistischen Organ. In diesem Lager hat man an das Wort von den deutschen Unterjochungsplänen und der deutschen Kriegsschuld geglaubt und glaubt heute noch daran, dort hat man den Kriegsgedanken ohne jedes Zögern vertreten. Daß man dort Frankreich weniger liebe, weil man Deutschland mehr liebt, kann niemand glauben. Und gerade das Organ der Nationalisten und Faszisten, die „Idea Nazionale", schreibt in einer scharfen Polemik gegen den französischen Historiker Professor Aulard: „Die Politik Frankreichs gegenüber Italien war und ist zu oft eine gegen Italien gerichtete Politik." Von dem inzwischen fallen gelassenen französischen Plan der Entnationalisierung der Italiener sagt das Blatt, daß er sich „einer ganzen Serie allgemeiner und besonderer Akte entschiedener Feindseligkeit" gegen Italien anschließe, und spricht von einer

„am Unat d'Orsay zäh gestützten Politik, die darauf hinzielt, Italien ständig im Zustand der Blockade zu halten, Italien zu Boden, das es durch göttliches Recht Frankreich untergeordnet sei. Nun wohl, man soll die Franzosen wissen, daß Italien, nicht einmal daßjenige Italien, von dem man jenseits der Alpen glaubt, daß es eine Beute des Rufraiks würde, eine solche Situation ertragen wird. Ihr seinen Teile außerhalb und innerhalb seiner Grenzen!"

Es dürfte Herrn Briand schwer fallen, nachzuweisen, daß dies ein Ausdruck deutscher Hetze oder bereingenommener Deutschfreundschaft sei. Diese Quelle ist zu unverdächtig. Es ist der unversöhnliche Ausdruck eines Mißtrauens und einer Enttäuschung, die keine amtliche Freundschaftsphrase zerstreuen kann.

Aber dieses Mißtrauen und diese Enttäuschung gegen über den Bereich der rein französischen Politik hinaus. Zeichen der Zeit des italienischen Nationalismus besteht sich ein andersmal mit dem Wiermächteabkommen von Washington. Es heißt dar, daß Italien als einzige der Siegermächte von diesem Abkommen ausgeschlossen sei, und knüpft daran folgende Thesen: Jede vertragsmäßige Befestigung des Status quo ist sich automatisch in einen Vorteil für denjenigen auf, der besitzt, und in einen Schaden für denjenigen, der besitzlos ist, also für Italien. Jedes ohne Italien zustandegekommene internationale Abkommen schädigt automatisch Bedeutung und Freiheit Italiens, verfestigt es in einen niedrigeren Rang unter den Mächten, schließt Italien von den Entscheidungen über das Gleichgewicht in der Welt aus, befreit einen Teil der Kräfte der anderen für andere Gebiete des internationalen politischen Wettbewerbs. Von diesen Thesen ausgehend, erklärt das Blatt, daß der für die Einbeziehung Japan eine Einschränkung Frankreichs bedeuten. Das Abkommen anerkenne Frankreich das Besitzes im Pazifik deshalb unverechtfertigt sei, weil dann auch Holland hätte eingeladen werden müssen. In Wahrheit habe England anfänglich nur mit Frankreich und Japan eine Vereinbarung schließen wollen, weil Amerika, um nicht in der Minderheit zu sein, auf dem Einschluß Frankreichs bestanden. Frankreich habe sofort beriffen, welche Vorteile auch auf anderen Gebieten ihm daraus erwachsen würden. Das Argument der zu vertretenden Interessen fehle auch auf Italien zu, das ebenfalls außer der Tientsin-Konzession an beiden Pazifikküsten Staatsangehörige und Interessen habe und an der Ausbeutung Chinas mitbeteiligt sein könne. Diese sich künftig vergrößernden Interessen würden von dem konferenzierenden Großmächten vertreten. Andererseits fragt das Blatt: Welche Inseln besitzen denn Amerika, England, Frankreich in der Adria, und welche Interessen "at dasselbe Amerika dort? Demnach beteiligen sich an der Regelung der zentralen Angelegenheit, die Italien allein eng angehängen. Wenn das Pazifikabkommen eine Bedeutung für den Westmeerbecken habe, so habe Italien durch seine Opfer das Recht erworben, mitzubestimmen, welcher Art der Weltfrieden sein solle. Schon habe der Chef der französischen Delegation die Hoffnung seiner Regierung ausgesprochen, daß das Vierenabkommen auch auf andere Gebiete der Welt ausgedehnt werden solle. Das Blatt fragt: auf welche G